



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Somalia

NEW YORK, 7. Juni 2023 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten sich besorgt über die anhaltende Gewalt in Laascaanood in der Region Sool im Norden Somalias, die zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert und zur Vertreibung von mehr als 150.000 Personen geführt hat. Sie sprachen den Familien der Opfer ihr tiefstes Mitgefühl und Beileid aus und wünschten den Verletzten eine vollständige und rasche Genesung.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats begrüßten die Bemühungen und Initiativen der Bundesregierung Somalias, Äthiopiens und der Klanältesten, eine Waffenruhe herbeizuführen und einen inklusiven nationalen Dialog unter somalischer Eigenverantwortung zu fördern. Sie forderten alle Parteien auf, dringend eine Waffenruhevereinbarung zu schließen, regen zu einem inklusiven Dialog und zur friedlichen Streitbeilegung an und forderten die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia auf, im Einklang mit ihrem Mandat weiter Unterstützung zu leisten, so auch indem sie erforderlichenfalls mit allen Partnern zusammenwirkt.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten ihre tiefe Besorgnis über die Verluste an Menschenleben und die Verletzungen, die im Dezember 2022 in Laascaanood verursacht wurden, als Sicherheitskräfte „Somalilands“ Proteste niederschlugen, wie der Generalsekretärin seinem Bericht vom 16. Februar 2023 (S/2023/109) meldete. Sie verurteilten die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen den Sicherheitskräften „Somalilands“ und der Klanmiliz. Sie verurteilten alle Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen und verurteilten das Schärfste die durch den Konflikt verursachten Opfer unter der Zivilbevölkerung und Schäden an der zivilen Infrastruktur.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten den sofortigen Abzug der Sicherheits-



Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Geber auf, die humanitäre Hilfe auszuweiten, um die Bereitstellung humanitärer Hilfsgüter und unverzichtbarer Hilfe zu gewährleisten. Sie forderten alle Parteien auf, den Kampfmittelbeseitigungsteams Zugang zu gewähren, damit sie die Beseitigung von Kampfmittelrückständen unterstützen können.
